

Nicht nur Regeln

Vergaberecht umgehen oder für sich nutzen?

(BS/brs) Mit vergaberechtlichen Fragen zu Schiene, Straße, Wasser, Strom, Netzen, Hoch- und Tiefbau befasste sich ein Fachforum des vierten Bundeskongresses unter der Leitung von Vergaberechts-Expertin Dr. Ute Jasper, die für die Kanzlei Heuking, Luer Wojtek in Düsseldorf tätig ist.

Prof. Dr. Hans-Wilhelm Alfen von der Weimarer Bauhausuniversität stieg mit der These in die Diskussion ein, die "drei Ps" einfach abzuschaffen, da der Begriff häufig zu Missverständnissen führe und in den Teilbereichen Privatisierung, PFI (Private Finance Initiative) und PSP (Private Sector Participation = Privatsektorbeteiligung) besser aufgehoben sei. Alfen will diese Missverständlichkeiten beiseite schaffen und fordert daher eine unmissverständliche Beschreibung

des konkreten Projektes mittels allgemeingültiger Determinanten. Diese fänden sich innerhalb eines Organisationsmodells unter den Punkten Privatisierungsmodell, Partnerschaftsmodell, Geschäftsmodell, Vertragsmodell und dem Finanzierungsmodell wieder.

Dabei sei das Privatisierungsmodell laut Alfen ein "öffentlicher Betrieb in privatem Gewand", bei dem das Outsourcing die effizienteste Methode einer (Teil-) Privatisierung bilde. Die vollständige Privatisierung sei dabei immer auch eine materielle, da sie mit dem Übergang von Eigentums- und Bereitstellungsfunktionen verknüpft sei. Das Partnerschaftsmodell könne wiederum in zwei Subpunkte untergliedert werden, da sowohl eine rein private Projektgesellschaft (Vertrags-PPP) als "Erfüllungsgehilfe" tätig werden könnte oder eine gemischtwirtschaftliche Projektgesellschaft (Institutionelle PPP) diese Rolle einnehme. Insgesamt seien bei PPPs, so Alfen, sieben verschiedene Vertragsmodelle denkbar, deren wesentlicher Unterschied in der Verteilung der Eigentumsverhältnisse zu suchen sei. Neu dabei ist, dass man bei einigen Projekten, wie dem Flughafen Düsseldorf, dazu übergegangen sei, von der traditionellen Verwaltungsstruktur hin zu einer formalen und materiellen Privatisierung zu gehen, die wiederum in vier Stufen rea-

lisierbar wäre, wobei die öffentliche Hand als Shareholder oder Regulator gefragt ist.

Hans Randl aus der Finanzbehörde Hamburg ist dort für die Bereiche Vergaberecht und PPP zuständig. Er vertritt die Auffassung, dass das Wettbewerbsrecht sich gegenüber dem Vergaberecht in den letzten Jahren durchgesetzt habe, da das Vergaberecht üblicherweise dem günstigsten Projekt den Zuschlag erteilt, ohne dabei Wirtschaftlichkeitsaspekte und Nachhaltigkeit zu bedenken. "Ohne Wettbewerb wissen Sie nicht, ob das beschaffte Projekt wirklich gut und geeignet ist", meint Randl. Vielmehr ruft er dazu auf, "aktiv" mit dem Vergaberecht umzugehen, da man auf diese Art das meiste bewegen könne, "denn man muss sich dem Faktum bewusst sein, dass das Vergaberecht nicht nur aus Regeln, sondern auch aus einer ganzen Reihe von Ausnahmen besteht." Für einen weiteren entscheidenden Punkt hält Randl auch den Punkt der Mitarbeiterqualifizierung, wobei er eine Lanze für die Beratungsgesellschaften mit der Aussage brach, dass "Sie nicht glauben sollten, dass ein Jungjurist aus eigenem Hause in der Lage sei, solch komplexe Projekte bewältigen zu können. Dafür braucht es externe Beratung und eine gewisse Grundkompetenz, die Idealerweise schon im eigenen Hause liegen sollte."